Nr. 197. Donnerstag, den 30. August 1906. 9. Jahrgang.

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: viertelj. 1 Mk. 50 Pf., f. Oesterr. 2 Kr 55 h (ohne Bestellgeld). Bei all. ord. Postanstalten u. Zeitungspreisl. Einzelnummer 10 Pf. Redaktions-Sprechstunden: 11—12 Uhr

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden die 6gespalt. Petitzeile oder deren Raum mit 15 ₰, Reklame m. 50 ₰ die Zeile berechnet, b. Wiederh. bedeut. Rabatt. Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher Nr. 1566.

Die Sozialpolitik auf der Essener Katholiken-Versammlung.

Die große Heerschau der deutschen Katholiken stand auch in diesem Jahre unter dem Zeichen lebendigen Fortschrittes moderner Anpassungsfähigkeit und voller Einsicht in die neuzeitlichen Probleme, sowie unter der Parole praktischer Mitarbeit auf allen Gebieten. Mit besonderer Macht drängt sich uns diese Wahrnehmung auf bezüglich der aktuellsten der modernen Fragen, der sozialen Frage. Nie hat eine der bisherigen Katholikenversammlungen sozialen Erörterungen einen so breiten Raum gewährt, nie einen so scharf ausgeprägten sozialen Stempel getragen, als die diesjährige in der Kanonenstadt Essen, in dem rauchgeschwärzten Gebiet von Kohlen und Eisen, wo am lebhaftesten die Pulse deutscher Industrie schlagen. Schon die gewaltige Ouvertüre der ganzen Tagung, der dröhnende Schritt von 43—45 000 geschlossen einherziehenden katholischen Arbeitern, gab den alle Versammlungen durchklingenden sozialen Ton an. Welch reichen sozialen Gehalt sodann insbesondere in den großen öffentlichen Versammlungen die einzelnen Reden hatten, von denen mehr als die Hälfte soziale Themata behandelten, konnte man aus den ausführlichen Berichten der Presse ersehen. Eine spezielle Würdigung und Zusammenstellung verdienen aber auch die an die Katholikenversammlung gestellten Anträge bezw. die aus den Beratungen des Ausschusses II, sowie der vierten geschlossenen Versammlung hervorgegangenen Beschlüsse (Resolutionen). Dieselben zeigen eine ebenso entschieden fortschrittliche wie in praktischen Grenzen sich bewegende Stellungnahme zu den wichtigsten sozialen Tagesfragen.

Da gerade das Tagungsgebiet der diesjährigen Katholikenversammlung schon seit Jahrzehnten das Sammelbecken von tausenden und abertausenden abwandernder ländlicher Arbeitskräfte ist, lag es sehr nahe, auf diese Tatsache und ihre schädlichen Wirkungen sowohl für die Landwirtschaft wie für das gesamte Volks- und Staatsleben die breiteste Oeffentlichkeit aufmerksam zu machen. Als Abhilfsmittel werden empfohlen außer der materiellen Förderung, namentlich die geistige und kulturelle Hebung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, vor allem durch weiteren Ausbau und intensivere Betätigung der ländlichen Wohlfahrtspflege. Viel bleibt hier noch den landwirtschaftlichen Vertretungen und den verschiedenartigen landwirtschaftlichen Vereinen, insbesondere den christlichen Bauernvereinen zu tun übrig. Außerordentlich zeitgemäß ist auch der Hinweis, daß sehr viele vom Lande in die großen Städte zuwandernden Arbeiter aus Unkenntnis ihrer Pflichten in religiöser und wirtschaftlicher Beziehung den katholischen Arbeitervereinen fernbleiben und sogar Gegner der christlichen Arbeiterbewegung werden; ein Gegenmittel ist da nur die gründliche soziale und religiöse Weiterbildung der ländlichen Arbeiterwelt; besonders für die Saisonarbeiter ist eine umfassende, während der Wintermonate in der Heimat stattfindende Aufklärung durch Unterrichtskurse und durch den Volksverein, sowie die Arbeitervereine notwendig. Weiterhin werden diejenigen auswärtigen katholischen Handwerker, die entweder ständig oder nur an Werktagen in der Stadt wohnen, der besonderen Fürsorge der katholischen Vereine jener Orte empfohlen (Vermittelung geeigneter Schlafstellen, Anschluß an gute Gesellschaft und katholische Vereine usw.).

Bezüglich des Handwerkerstandes tritt die Generalversammlung ein für die Weiterführung der Gesetzgebung und für eine energische Gewerbeförderung durch Staat und Gemeinde. Ebenso nachdrücklich werden aber auch die Handwerker aufgefordert, durch Ausbau des Genossenschaftswesens, wie insbesondere der Innungen und Handwerkervereinigungen, die Leistungsfähigkeit des Handwerks den gewachsenen Ansprüchen anzupassen und ihm so ein möglichst weites Arbeitsgebiet zu sichern. Auch auf die technische und kaufmännische Ausbildung der jungen Handwerker in Werkstatt, Fortbildungs- und Fachschulen, Lehr- und Fachkursen für Gesellen und Meister wird die besondere Aufmerksamkeit gelenkt. In den Strudel des modernen Erwerbslebens und erbitterten Konkurrenzkampfes ist seit zirka zwei Jahrzehnten in wachsendem Maße auch der kaufmännische Mittelstand hineingerissen worden. Die Generalversammlung begrüßt es deshalb lebhaft, daß die katholischen Kaufleute mit wachsendem Interesse der Durchführung der zum Schutze des mittleren und kleineren Kaufmannsstandes geschaffenen Gesetze und der Anregung von Verbesserungen solcher Gesetze sich widmen, wie auch zahlreich sich beteiligen an den Einrichtungen genossenschaftlicher Selbsthilfe (gewerbliche Schutzvereine, Kreditgenossenschaften, Rabatt-Sparvereine usw.). Um die Nachhaltigkeit dieser Anregung zu verstärken, werden als Mittel zur sozialen Schulung empfohlen: aufklärende Vorträge in öffentlichen Versammlungen, in Versammlungen des Volksvereins, Verbreitung geeigneter sozialer Literatur, vor allem aber die Ausbreitung und intensive Vereinsarbeit der katholischen kaufmännischen Vereinigungen. Letztere können durch das Verbandsorgan, Vereinsvorträge, soziale Vortragszyklen, soziale Unterrichtskurse und Studienzirkel, Einsetzung sozialer Kommissionen usw. auch über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus das Verständnis für die neuzeitliche wirtschaftliche Entwickelung, wie die durch dieselbe geforderten sozialen Maßnahmen erfolgreich verbreiten.

Selbstverständlich beschäftigte sich eine Anzahl von Beschlüssen mit der Arbeiterfrage. Es wird dringend gefordert ein lebhafteres Tempo in der Fortführung der Sozialreform, zunächst durch die schon so lange erwartete Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und durch Einführung der Arbeitskammern. So anknüpfend an die zunächst liegenden Verhältnisse wird von der Arbeiterschutzgesetzgebung insbesondere die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den Feuerbetrieben der Eisenindustrie verlangt. Für die zweite Riesenindustrie Westdeutschlands wie Deutschlands überhaupt, die Kohlenindustrie, wird eine baldige reichsgesetzliche Regelung des Berg- und Knappschaftswesens verlangt. Lebhaft erörtert wurden die Tarifverträge, eine der wichtigsten Arbeiterfragen, weil man in den Tarifverträgen den Arbeitsvertrag der Zukunft zu erblicken hat, um den schon jetzt in hunderten von Einzelgefechten von Arbeitern und Arbeitgebern gekämpft wird. Die Generalversammlung tritt klar und deutlich für diese den veränderten Wirtschaftsverhältnissen entsprechende Reform des Arbeitsvertrages ein, die im wohlverstandenen Interesse beider Kontrahenten des Arbeitsvertrages liegt. Insbesondere können durch Einrichtung von Tarif- und Einigungsämtern entstehende Differenzen friedlich beigelegt und die das Gewerbe sowohl wie die beteiligten Arbeiter und Arbeitgeber schwer schädigenden Streiks und Aussperrungen eingeschränkt oder verhindert werden. Der außerordentlich großen Bedeutung, die für die Fortführung, Festigung und Auswirkung der Sozialreform sowohl wie für die Volkswirtschaft überhaupt die allgemein geistige, religiöse, soziale und kulturelle Förderung und Hebung des Arbeiterstandes hat, wird die Generalversammlung gerecht durch ihre Befürwortung und warme Empfehlung der Arbeitervereine, Arbeiterinnenvereine, und der katholischen Jugendorganisationen wie überhaupt die Fürsorge für die heranwachsende Jugend. Es werden freudigst anerkannt die Fortschritte in der äußeren Ausdehnung der Vereine wie in der inneren Vertiefung der Vereinsarbeit; dabei aber wird nachdrücklichst aufgefordert zur weiteren Ausbreitung, zur Inangriffnahme neuer Aufgaben (zum Beispiel staatsbürgerliche Schulung, Arbeiterexerzitien) und zur Benutzung aller Hilfsmittel, die zur Erreichung der Vereinszwecke und zur Hebung der Leistungsfähigkeit der Vereine geeignet sind, vor allem der Verbreitung der Standeszeitungen. In einer besonderen Resolution wird noch betont die Notwendigkeit der religiösen und sozialpolitischen Schulung der jugendlichen Arbeiter durch Einführung derselben in die Arbeitervereine. Einer der dringendsten und gerade in neuester Zeit besonders lebhaft behandelten Frage der Reform der Heimarbeit und dem Schutze der Heimarbeiter und -Arbeiterinnen, spricht der Katholikentag seine warme Sympathie aus, drängt auf eine baldige gesetzgeberische Regelung in Form des Antrages Dr. Hitze und Genossen, sowie auf eine kräftige Selbsthilfe und fordert zur Mithilfe besonders die charitativen und sozialen Vereinigungen auf. Beachtenswert betreffs Hebung einer anderen gedrückten sozialen Klasse, der Kellner, ist die Aufforderung zur Gründung eines deutschen Kellnerverbandes. Sehr zeitgemäß und notwendig ist auch die wiederholte Empfehlung eines der jüngsten Zweige des katholischen Vereinswesens, des „Katholischen Frauenbundes" (Sitz Köln). Ausführlich begründet wurde des weiteren ein Antrag über Förderung des hauswirtschaftlichen Unterrichts, ferner ein Antrag über die kommunale Sozialpolitik. Dieselbe wurde als unumgänglich notwendig erklärt zur Ergänzung der sozialen Fürsorge des Staates; als Aufgaben werden bezeichnet: Regelung der Verhältnisse der städtischen Arbeiter und Angestellten, Wohnungsfürsorge, Gesundheitspflege, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (paritätischer Arbeitsnachweis), Förderung des Handwerkerstandes durch Regelung des Submissionswesens, bessere Berücksichtigung bei Vergebung öffentlicher Arbeiten, Unterstützung des Genossenschaftswesens, der Fortbildungs- und Fachschulen, sowie von Meisterkursen. Bei der noch in so bedauerlich großem Umfange bestehenden Interesselosigkeit der oberen besitzenden und gebildeten Stände für soziale Reformarbeit wird man der diesjährigen Generalversammlung besonderen Dank wissen, daß sie gerade diesen Ständen die in einzelnen Städten geschaffenen Zirkel zum Studium der sozialen Frage empfiehlt, sowie die Vereine zur Gründung und Unterhaltung katholisch-sozialer Wohlfahrtseinrichtungen; ganz speziell wird außerdem die katholische Studentenschaft ersucht, sich auf sozialem Gebiete theoretisch und praktisch zu betätigen und soziale Zirkel zu gründen.

Einer der Führer des katholischen Volkes hat früher einmal die alljährlich stattfindenden Katholikentage als die großen Herbstmanöver bezeichnet, die einerseits eine Heeresübersicht, andererseits aber auch die Einübung der Truppenmassen für neue Aufgaben und neue Kämpfe ermöglichen sollten. In diesem Sinne möge auch die Bedeutung des Essener Katholikentages, speziell die reiche soziale Anregung, die von ihm in den Hauptversammlungen wie in den Beschlüssen ausgegangen ist, aufgefaßt werden. Die Reihen sind für frische, freudige soziale Arbeit von neuem geordnet, besonders durch die überwältigend großartige Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland, neue Kampfes- und Arbeitsziele sind aufgesteckt, neue Signale gehißt: an uns allen liegt es, nun die ausgegebene soziale Parole aufzugreifen, weiterzugeben und im Verein mit Gleichgesinnten in praktischer sozialer Kleinarbeit zu betätigen.

---

r. Der „Deutsche Tag".

Der Ostmarkenpolitik geht es wie der Kolonialpolitik; beide sind an Phrasen und Schlagwörtern ungemein reich, an Erfolgen sehr arm; beide kosten einen Haufen Geld und doch zeigt sich Unzufriedenheit in beiden Ländern, die mit dieser Politik bedacht werden. Man könnte die Parallele noch auf sehr verschiedenen Gebieten vervollständigen. So hat nun dieser Tage in Marienburg der „deutsche Tag" stattgefunden, das heißt die Versammlung des bekannten Ostmarkenvereins, auch der Flottenverein stellte ein Fähnlein. Und das nennt sich „deutscher Tag", womit zum Ausdruck gebracht werden soll, daß allen jenen, die an diesen Dingen nicht teilnahmen, etwas zum Deutschtum fehlt. Die Phrase ist großartig, nur steckt nichts dahinter. Aber trotzdem darf die Versammlung beanspruchen, daß sie ernster als ihr Schlagwort genommen wird, weil sie den Kampf gegen das Polentum in erster Linie betreibt und weil bekanntlich der Reichskanzler Fürst Bülow die Ostmarkenpolitik als die wichtigste und dringendste innere Aufgabe des Reiches bezeichnet hat.

Glückliche Sozialdemokratie! Du bist nun von amtswegen an die zweite Stelle gerückt! Dein gehässiges Unterwühlen von Thron und Altar, deine Agitation gegen jede Autorität, gegen alle bestehenden Einrichtungen, selbst gegen die Urquelle des Staates, gegen die christliche Familie, all dies ist nicht so gefährlich, wie die Existenz von 2½ Millionen Polen im Osten des Reiches, ja sagt es der Reichskanzler. Einstens haben Kaiser und Kanzler die Sozialdemokratie als den „inneren Feind" bezeichnet, einstens suchte man diese mit allen Mitteln am Boden zu halten; Fürst Bülow selbst hat noch vor Jahresfrist den Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie als die erste Staatsnotwendigkeit bezeichnet und er hat ja in so schönen Reden die Genossen scharf abgeführt. Doch all dies gehört nun der Geschichte an. Die Genossen sind zwar nicht zahmer geworden; sie erörtern sogar die Möglichkeit, wie sie den gesamten Staat durch einen Schlag mit dem Massenstreik schachmatt setzen wollen; sie spielen angesichts der russischen Verhältnisse sehr stark mit dem Feuer der Revolution. Aber trotz alledem stehen sie nicht mehr an erster Stelle; die Polen sind nun der gefährlichste Feind des Reiches, sie zu bekämpfen steht in der vordersten Linie; so hat es der Reichskanzler Fürst Bülow ausgesprochen, der es doch wissen sollte oder wenigstens könnte. Jene Polen, die noch vor 14 Jahren als des Reiches Hort gepriesen worden sind, deren politische Führer man in das Herrenhaus berief, sie sind nun viel schlimmer als alle Genossen zusammen. Zwar haben sie nur 17 Mandate, während die Roten 80 haben, auch können sie höchstens 25 erreichen, während die Sozialdemokraten es auf über 100 bringen können, aber trotzdem muß zuerst der Pole verbannt werden, weil er für sich das Naturrecht in Anspruch nimmt, in seiner Muttersprache zu reden und nach den Sitten seines Volkes zu leben. Wenn es sich um Hoch- und Landesverrat handeln würde, wären wir die ersten, welche die scharfe Anwendung des bestehenden Gesetzes forderten; aber hierfür reichen ja die bestehenden Gesetze aus. Die Ostmarkenpolitik soll so sehr die Kräfte des Reiches in Anspruch nehmen, daß alle anderen Aufgaben erst in der zweiten Linie stehen.

Der genannte Ausspruch des Reichskanzlers hat allerdings nur die seitherige Polenpolitik in das rechte Licht gerückt; man hat bisher gegen die Polen Mittel angewendet, die man nicht einmal gegenüber den Sozialdemokraten ergriffen hat, man hat gegen sie Sondergesetze aller Art geschmiedet, sie außerhalb des Bodens des gemeinen Rechtes gestellt und sich damit auf eine sehr abschüssige Bahn begeben. Nun soll aber zu diesen Ausnahmegesetzen noch ein weiteres treten; der „deutsche Tag" hat es als seine Mindestforderung aufgestellt. Er hat die Ansicht ausgesprochen, daß der preußischen Ansiedelungskommission schon heute das Enteignungsgesetz vom 11. Juni 1874 das Recht gibt, auf grund einer Königlichen Verordnung zur Durchführung eines bestimmten Projektes einzelne Güter zu enteignen. Da aber dieses Recht von der Ansiedelungskommission noch nicht ausgeübt ist, hält der Ostmarkenverein es für wünschenswert, daß bei der demnächst notwendig werdenden Auffüllung des Ansiedelungsfonds ausdrücklich festgestellt wird, daß dieses Recht der Ansiedelungskommission zusteht. Der deutsche Ostmarkenverein hält es ferner für notwendig, daß durch gesetzliche Maßregeln eine Verschiebung des Grundbesitzes zu ungunsten der Deutschen verhindert wird. Mit anderen Worten: es soll ein allgemeines Enteignungsverfahren gegen die Polen statuiert werden. Ganz allgemein soll die Ansiedelungskommission das Recht haben, Grundeigentum der Polen an sich zu nehmen; erst hat das Ansiedelungsgesetz von 1904 die neue Ansiedelung von Polen unmöglich gemacht, jetzt soll ihnen die bestehende Heimat genommen werden und sie von Haus und Hof vertrieben werden können. Man liest mit Entsetzen, wie in früheren Jahrhunderten solche Gewaltmaßregeln durchgeführt worden sind und schlägt sich an die Brust, indem man sagt, daß jetzt solches nicht mehr vorkommen könne. Und gerade dieselben Kreise wollen dieses Mittel im Osten des Reiches angewendet wissen! Freilich stellt man das allgemeine Enteignungsverfahren als letztes Mittel hin, aber unsere Polenpolitik war seither so erfolglos, daß man über kurz oder lang nach demselben greifen wird. Damit aber ist der Weg zur Revolution beschritten. Wenn die Gesetzgebung und Verwaltung sich in diesem Falle einfach über die Rechte des Privateigentums

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19060830/1